

Monita behoben

GELDWÄSCHEGESETZ | Die Bundesregierung verschärft den Kampf. Verkäufer hochwertiger Produkte werden zu Hilfssheriffs.



Wer ein Collier von Tiffany, eine C-Klasse von Daimler oder eine schnittige Jacht kaufen möchte, muss künftig auf die Frage „Sind Sie ein Pep?“ vorbereitet sein. Pep steht für politisch exponierte Person, und als verdächtig gelten Minister, Staatssekretäre oder Botschafter aus fremden Ländern. Ziel der Abfrage – zu der neben Juwelieren, Auto- und Schiffshändlern auch Verkäufer von Flugzeugen oder Kunstwerken verpflichtet sind – ist es, die Gaddafi- und Camorra-Clans dieser Welt davon abzuhalten, ihr schwarzes Geld in Deutschland weißzuwaschen.

Ab März treten für die Wirtschaft hierzulande verstärkte Sorgfaltspflichten in Kraft. Damit verschärft die Bundesregierung den Kampf gegen die Geldwäsche – auch um selbst nicht auf die schwarze Liste solcher Länder zu kommen, die Terroristen, Diktatoren und Mafiosi bewusst oder fahrlässig unterstützen.

Tatsächlich steht Deutschland unter besonderer Beobachtung der westlichen Staatengemeinschaft. Die Geldwäsche-Task-Force FATF der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hatte Berlin vor zwei Jahren

Verdächtiger Luxus Käufer hochwertiger Waren müssen sich künftig ausweisen

gerügt. In diesem Jahr muss die Bundesregierung zum Rapport und über ihre Fortschritte berichten. „Ein Großteil der Monita dürften mit den neuen Gesetzen behoben sein“, heißt es in einem Papier des Bundesfinanzministeriums. Noch ist allerdings offen, wie die vor Ort zuständigen Bundesländer die Vorschriften umsetzen. Fest steht allerdings, dass auf die Wirtschaft zusätzliche Kosten für Schulungen, Zuverlässigkeitsprüfungen und Geldwäschebeauftragte zukommen, sagt Hildegard Reppele, Rechtsexpertin beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag.

»Die britische E-Geld-Industrie behindert leider den Kampf.«

Denn die Bundesregierung hat inzwischen den Ehrgeiz, sich an die Spitze im Kampf gegen die Geldwäsche zu setzen. So etwa auch beim missbräuchlichen Einsatz von E-Geld. Dabei handelt es sich um Chip-Karten, mit denen sich an Automaten oder im Internet bargeldlos bezahlen lässt. Während E-Geld in den USA, Großbritannien oder Schwarzafrika oft ein Ersatz für fehlende Girokonten ist, beobachtet das Bundeskriminalamt hierzulande, dass speziell Internet-Kriminelle ihre Beute aus Phishing-Attacken oder anderen kriminellen Machenschaften gern per E-Geld nach Osteuropa transferieren.

BRITEN BREMSEN

Berlin will deshalb eine möglichst flächendeckende Erfassung des E-Geld-Verkehrs, der jenseits der Bankenwelt an Tankstellen und Kiosken floriert. Dort müssen sich nun alle Kartenaufwinder oberhalb einer Bagatellgrenze von 100 Euro identifizieren. Gern würde Berlin mehr unternehmen, doch in Europa bremsen Briten und Malteser, die in diesem Geschäft eine zweifelhafte Führungsrolle einnehmen. „Die britische E-Geld-Industrie und eine laxe Aufsicht behindern leider einen länderübergreifenden Kampf gegen die organisierte E-Geldkriminalität“, kritisiert Finanzstaatssekretär Hartmut Koschyk (CSU).

Daheim will die Bundesregierung vor allem die Wirtschaft im Kampf gegen Geldwäscher einspannen. Sie müssen nicht nur nach PEPs Ausschau halten und gegebenenfalls deren Identität notieren – die Bundesregierung spricht vom „Know your customer“-Prinzip. Händler von hochwertigen Gütern sollen zumindest einen Mitarbeiter als Geldwäschebeauftragten schulen, zusätzlich können die Bundesländer auch andere Unternehmen dazu verdonnern.

Verstärkte Sorgfaltspflichten verlangt die Bundesregierung auch „bei Vertragsbeziehungen in risikobehaftete Drittstaaten“. Gemeint sind alle Länder, die nicht auf einer White List der guten Staaten stehen. Also zum Beispiel Russland und viele andere Nachfolgestaaten der Sowjetunion, die Türkei, Indonesien oder Argentinien.

Nicht nur Autos, Boote oder Schmuck stehen dabei auf den Einkaufslisten der Geldwäscher. In der bayrischen Landeshauptstadt hat sich beispielsweise ein milliardenschwerer grauer Markt entwickelt, wo gebrauchte Laster und Baumaschinen gegen Cash den Besitzer wechseln und nach Osteuropa verschwinden. ■

christian.ramthun@wiwo.de | Berlin